

Euro(pa)- Krise - ausweglos?

Die aktuelle Situation und die Frage nach den Lösungen

**Verschiedene Beiträge,
Zusammenfassung
Christoph Strawe**

Seit Jahren hören wir nun „Krise, Krise, Krise“. Angesichts immer neuer Milliardensummen und immer weiterer Rettungsschirme mit immer neuen Namen, verzweifelt so mancher und will am liebsten nichts mehr von alledem hören, weil „alles undurchschaubar ist und man ja doch nichts machen kann“. Wer sich nicht auf diese Weise lähmen lassen will, muss in zwei Richtungen Fragen stellen: Wie und aus welchen Ursachen hat sich die Krise entwickelt? Wo liegen realistische Lösungsansätze, für die es sich einzusetzen lohnt. Der vorliegende versucht einiges in dieser Richtung gehende zusammenzufassen. Dieser Überblick stützt sich vor allem auf verschiedene Beiträge, die Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer bei Seminaren über die Finanz- und Staatsverschuldungskrise und die Wege zu einer neuen Geld- und Wirtschaftsordnung in den Jahren 2010 - 2012 gehalten haben (vgl. die Fußnoten). Ferner auf verschiedene Gespräche, die der Autor mit DreigliederungsfreundInnen zum Thema geführt hat - so jüngst mit Ingrid Lotze.

A. Entwicklung einer Krise¹

Erinnern wir uns: Jahrelang haben US-Hypothekenbanken Kredite ohne entsprechende Sicherheiten gegeben. Da Kreditnehmer sich auf die Wertsteigerung der Häuser verließen, stiegen Nachfrage und Preise. Mit sich erhöhenden Kreditzinsen platzte die

Blase, immer mehr Kreditnehmer konnten nun nicht mehr zurückzahlen.

Dieses Problem greift 2007 schlagartig von den USA auf die globale Wirtschaft über. Die Kreditrisiken sind nämlich gebündelt, in handelbare Wertpapiere umgeformt und über die ganze Welt gestreut wurden - auch Dank großzügig vergebener Gütebescheinigungen der Ratingagenturen für die Papiere. Diese entwerten sich nun - und bei den Banken in aller Welt, die sie in großen Mengen hielten, entsteht ein gewaltiger Abschreibungsbedarf. Einige Banken werden mit Steuermitteln vor dem drohenden Zusammenbruch gerettet.

2008 geraten weitere große Banken besonders in USA ins Trudeln, von denen einige wiederum „gerettet“ werden. Als man dann die Investmentbank Lehman Brothers pleite gehen lässt, kommt es zur massiven Verschärfung der Krise: Der Interbankenverkehr kommt in großem Ausmaß zum Erliegen, da sich die Banken gegenseitig nicht mehr trauen und nicht mehr beleihen. Daher fluten die Zentralbanken die Märkte vermehrt mit Geld: die Banken versorgen sich zeitweise fast nur noch unmittelbar bei den Zentralbanken.

Die meisten Industrieländer beschließen, Abermilliarden zur Rettung des Bankensystems einzusetzen. Man glaubt, keine „systemrelevanten“ Banken mehr scheitern lassen zu dürfen, sie seien einfach „too big to fail“ In Deutschland umfasst das „Rettungspaket“ 480 Milliarden Euro, d.h. es werden Mittel bis zu dieser Höhe für Beteiligungskapital und Kreditbürgschaften zur Verfügung gestellt.

2009 wächst die Finanzkrise in eine Krise der Realwirtschaft hinüber. Produktionseinbrüche und mit ihnen wachsende Arbeitslosigkeit gibt es besonders in der Autoindustrie. Aber auch in anderen Branchen steigt die Zahl der Insolvenzen. Deutschland kommt, nicht zuletzt durch den Einsatz des Instruments der Kurzarbeit, dabei noch einigermaßen gut davon. In vielen Ländern werden Konjunkturpakete geschnürt.

2010 wächst die Krise schließlich in eine Staatsschuldenkrise hinüber, denn die genannten finanziellen Engagements vergrößern gleichzeitig auch die bereits früher entstandenen Verschuldungsprobleme. Angesichts einer für 2010 prognostizierten Neuverschuldung in der EU von knapp 900 Mrd. Euro, beschließen viele Länder Sparprogramme, die - da sie ins soziale Netz einschneiden - Proteste in Teilen der Bevölkerung auslösen. In Deutschland wurde bereits 2009 eine sogenannte Schuldenbremse beschlossen und das Grundgesetz dafür geändert.

In Europa - obwohl die Gesamtverschuldung dort deutlich niedriger ist als in den USA - bekommt diese Problematik eine besondere Relevanz angesichts der Tatsache, dass es sich formal um eine Gemeinschaft souveräner Staaten handelt, von denen eine Reihe in einer Währungsunion verbunden sind. Im Frühjahr 2010 erklärt das Euro-Land Griechenland, dass es ohne EU-Hilfe zahlungsunfähig sei, Irland hat sich

¹ Vgl. Herrmannstorfer/Spehl: Wie sicher ist unser Geld? Sozialimpulse Heft 2/2008. Und: Vgl. Wirtschaft und Schule, Das Lehrerportal der INSM, <http://www.wirtschaftundschule.de/aktuelle-themen/globalisierung-europa/schuldenkrise-der-euro-laender/>, besucht am 26.9.2012.

Kleines Vokabular der „Euro-Rettung“

Europäischer Krisenfonds EFSF

Der EFSF wurde 2010 in großer Eile eingerichtet. Er soll bis 2013 neue Finanzhilfen ausgeben können.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Dieser ist dauerhaft angelegt und soll den ESM ablösen. Der ESM sollte eigentlich erst Juli 2013 bereit sein. Jedoch zog man den Termin zwecks „Beruhigung der Märkte“ um 1 Jahr vor (auf 1. Juli 2012). Diesen Zeitplan brachte die Klage vor dem BVG durcheinander.

„Die Euro-Länder geben für den ESM Garantien über 620 Milliarden und zahlen 80 Milliarden Euro in bar ein. Der Kapitalstock soll das Vertrauen von Investoren und Ratingagenturen sichern. Von den 700 Milliarden kann der ESM wegen nötiger Sicherheitsrücklagen 500 Milliarden einsetzen. Deutschland muss knapp 22 Milliarden Euro in bar - verteilt auf mehrere Tranchen - überweisen und übernimmt Garantien in Höhe von 168 Milliarden.“

Fiskalpakt

Dieser Vertrag wurde am 2. März 2012 in Brüssel von allen EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien unterschrieben. Die unterzeichneten Staaten verpflichten sich darin zu strengerer Haushaltsdisziplin. „Das konjunkturabhängige strukturelle Defizit darf fortan die Grenze von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Bislang liegt diese bei 1,0 Prozent. Zudem sollen die Unterzeichner nach dem Vorbild Deutschlands eine verpflichtende Schuldenbremse im nationalen Recht verankern.“

Verstöße ziehen automatisch Strafverfahren nach sich, diese können nur durch einen ausdrücklichen Mehrheitsentscheid der Unterzeichnerstaaten gestoppt werden. Wer keine Schuldenbremse im nationalen Recht verankert, kann vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt und mit einer „Geldbuße von bis zu 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung“ belegt werden. Hilfszahlungen aus dem ESM sind von der Einhaltung des Fiskalpakts abhängig. Der Vertrag soll am 1.1.2013 in Kraft treten, dafür müssen ihn aber „mindestens zwölf Euro-Länder ratifizieren“.

(Nach <http://www.n-tv.de/politik/Was-ESM-und-Fiskalpakt-leisten-article7198396.html>, dort auch die wörtlichen Zitate.)

durch die Milliardengarantien für seine Banken übernommen. Für Griechenland wird von der EU ein „Rettungsschirm“ aufgespannt.

2011 eskaliert die Entwicklung. Betroffen sind nun auch Portugal, Spanien und sogar Italien. Der „Druck der Finanzmärkte“ steigt, einfacher gesagt: Die Anleger verlangen für Staatsanleihen aus diesen Ländern immer höhere Zinsen, was mit dem gestiegenen Risiko begründet wird. Die Europäische Zentralbank beginnt, zur Kursstützung Staatsanleihen dieser Länder aufzukaufen. Denn die auf EU-Ebene bzw. auf der Ebene der Eurogruppe beschlossenen Maßnahmen erreichen nicht die für eine Spanien- und Italienhilfe nötigen Dimensionen.

Auf einem Krisengipfel in Brüssel vereinbaren die Euro-Länder für Griechenland einen „Schuldschnitt“ von 50%. - Außerdem soll der Rettungsschirm EFSF auf rund 1 Billion Euro ‚gehebelt‘ werden. Auf einem weiteren Gipfel wird beschlossen, dass 17 Euro-Länder sowie sechs weitere EU-Staaten bis März 2012 einen separaten Vertrag aushandeln, der durch nationale Schuldenbremsen und automatische Sanktionen gegen Defizitsünder solides Haushalten gewährleistet - den sogenannten Fiskalpakt. Außerdem soll der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der ursprünglich Mitte 2013 den Rettungsfonds EFSF ablösen sollte, auf Mitte 2012 vorgezogen werden.“²

Die von der sog. Troika (EU-Kommission, IWF und EZB) geforderten weiteren Sparmaßnahmen - ohne die es keine Hilfskredite geben soll - führen zum Rückgang der Binnennachfrage und zu enormer Arbeitslosigkeit. Die soziale Not treibt immer mehr Menschen auf die Straße. Bei Wahlen und Neuwahlen gewinnen in Griechenland die Gegner der Rotstiftpolitik hinzu, dennoch können die Befürworter des Sparkurses eine neue Regierung bilden. Spanien gerät nach dem Platzen seiner Immobilienblase und ihren Folgen für den Banksektor in immer weitere Kalamitäten, der „Druck“ der Finanzmärkte auf das Land wächst. Die Euro-Länder stellen für das Land ein 100-Mrd.-Hilfsprogramm zusammen.

Die öffentliche Debatte wird leidenschaftlich geführt: Warnungen vor dem Zerfall der Euro-Zone auf der einen Seite und Forderungen nach einem Ausstieg aus dem Euro (Tilo Sarrazin u.a.) bzw. dem Austritt einiger oder aller Südländer bzw. der Einführung eines Nord- und eines Süd-Euro (Olaf Henkel) auf der anderen Seite stehen sich gegenüber.

In der gegenwärtigen Krisendebatte werden in mancher Hinsicht Positionen wiederholt, die schon vor Einführung des Euro vertreten worden. Damals sagten einige den Zerfall der Währungsstabilität voraus und hätten am liebsten die Währungsunion verhindert. Anderen dagegen konnte es gar nicht schnell genug gehen - und

² Vgl. Wirtschaft und Schule, a.a.O.

man vernachlässigte dabei die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen. So stellte man auch die schöngerechneten Bilanzen Griechenlands nicht infrage, obwohl das Land beim Beitritt offensichtlich die Kriterien dafür nicht erfüllte. Auch heute noch sehen einige in der Euro-Einführung dämonische Kräfte am Werk, während andere alle Euro-Kritiker in die Ecke nationalistischer Hinterwälder zu stellen versuchen. Dagegen bewahrheitet sich die in dieser Zeitschrift damals bezogene Position, dass der Euro nicht an sich ein Problem darstelle; dass jedoch die Schaffung einer Währungsunion Folgen haben werde, die sehr weit gehen würden, da es sich mitnichten um den bloßen Austausch von Geldscheinen handele. Die Einführung des Euro werde die sozialen Verhältnisse in den verschiedenen Regionen Europas in eine unmittelbare Vergleichbarkeit bringen, – und damit den Druck auf das „Soziale“ verstärken.

Es ist auffällig, dass die Forderungen in beiden Richtungen notwendig einen Sog zur Änderung des Status quo erzeugen: Für diejenigen, die im Euro an sich eher ein Unglück sehen, bleibt am Ende nur ein Europa übrig, das eine Art erweiterte Zollunion darstellt. Für die anderen ziehen die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig eine weitere Reform der EU bzw. zunächst einmal der Euro-Gruppe nach sich, die im Sinne eines Mehr an Zentralisierung und eines Weniger an Souveränität der Einzelstaaten und an Subsidiarität vor sich gehen muss. Die Fiskalunion ist nur der Einstieg, letztlich soll der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa führen. Bei den gegebenen Strukturen innerhalb der EU ist diese Entwicklung mit der Gefahr eines Verlustes an Demokratie und Freiheit verbunden, der sich heute bereits in der Art und Weise zeigt, wie die Regierung an den Parlamenten vorbei Europapolitik zu machen versuchen und die Euro-Krise „managen“.

Daran ändern auch die löblichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nichts, wie zuletzt diejenige zum ESFM, die der Regierung gewisse Regeln für Transparenz und Einbeziehung des Parlaments vorgibt.

Wir sehen also, dass die besonders lautstark vorgebrachten Vorschläge alle in einen gewissen Konflikt mit dem Bestehenden und gesetzlich bzw. vertraglich fixierten kommen. Der Maastricht-Vertrag von 1992 macht bekanntlich den Beitritt zur Euro-Zone nicht nur von der Erfüllung von Konvergenzkriterien (Schuldenstand < 60% des BIP, Neuverschuldung < 3% des BIP) vor, sondern enthält auch eine sog. No-Bail-Out-Klausel: sie bedeutet, dass bei einem drohenden Staatsbankrott nicht die anderen Länder einspringen dürfen.

Wichtige Vorschläge in der derzeitigen Diskussion kommen in dieser Hinsicht in Konflikt mit dem Bestehenden, was nichts über ihre Plausibilität aussagt:

Einer dieser Vorschläge ist der von Euro-Bonds. Das wären gemeinsame Staatsanleihen aller Euro-Länder (sozusagen Euroland-Schatzbriefe). Da sie von

allen Ländern garantiert würden, reduzierte sich das Risiko und damit die Zinsen. Für Länder, die derzeit fast keine Zinsen zahlen müssen wie Deutschland wäre das ein Solidarbeitrag, für schwache Ländern ein Riesenerleichterung bei der Entschuldung. Der Euro-Raum würde zu einer Haftungsgemeinschaft.

Das führt zum Anreiz, munter neue Schulden zu machen, sagen die Gegner dieses Vorschlags. Denn die solide wirtschaftenden Länder müssten für die anderen mithaften, ohne deren Fiskalpolitik mitbestimmen zu können.

Ein weiterer Vorschlag besteht darin, dass der ESM mit einer Banklizenz versehen würde. Dadurch kann er sich bei der EZB wie eine Bank letztlich unbegrenzt Geld leihen. Wie? Er kauft die Staatsanleihen der Krisenländer auf und hinterlegt sie als Sicherheiten bei der EZB. Für die Sicherheiten leiht er Geld, um noch mehr Anleihen zu kaufen. „Unmöglich“ sagen die Gegner, das Risiko der Mithaftung steigt ins Unermessliche.

„Die EZB könnte in der Schuldenkrise das sein, was Ökonomen ‚lender of last resort‘ nennen, das heißt: Wenn alle anderen - Institutionen, Staaten, Investoren - ausfallen, ist die Notenbank der ‚Kreditgeber der letzten Instanz‘. Mit anderen Worten: Die EZB könnte ihre Schleusen öffnen und den Markt mit Geld fluten, indem sie die Staatsanleihen der Krisenländer aufkauft, um so die Zinsen zu drücken. Diese Art der Staatsfinanzierung ist in den USA gang und gäbe, der Europäischen Zentralbank aber nach eigener Satzung verboten. Gleichwohl, sagen Ökonomen, wäre dies die einzige wenigstens halbwegs saubere Lösung. [...] Weil nach einem bekannten Bonmot ‚die Hälfte der Wirtschaft/Börse Psychologie ist‘, erhofft man sich, dass die EZB letztlich gar nicht eingreifen muss - sondern dass allein die Ankündigung ausreicht und die Märkte beruhigt.“³

Darauf genau ist dann letztlich hinausgelaufen, als Mario Draghi ankündigte, die EZB werde in Zukunft Staatsanleihen kriselnder Euro-Staaten in unbegrenzter Höhe aufkaufen. Dem war eine entsprechende Entscheidung des EZB-Rates vorausgegangen, bei der nur die deutsche Vertreter Jens Weidmann dagegen stimmte. Voraussetzung für die Hilfe ist, dass sich die entsprechenden Länder zunächst unter den Euro-Rettungsschirm begeben und damit auch eine Kontrolle ihrer Haushaltspolitik bzw. die Umsetzung geforderter Struktur Anpassungsprogramme zulassen.

B. Krisenursachen und Lösungsrichtungen

Die Regierung Merkel hatte lange gezögert, Solidarlösungen verhindert und damit die Kosten der Krise noch in die Höhe schießen lassen. Der Versuch die deutsche Haftung auf ein Minimum zu beschrän-

³ A.a.O.

ken, erwies sich dabei als Illusion. Die europäischen Partner waren dabei immer misstrauischer geworden, schließlich hatte sich mit den Präsidentschaftswahlen in Frankreich eine andere Linie durchgesetzt. Schadensbegrenzung war angesagt.

Generell ist festzustellen, dass die Argumentationen in der Krisen-debatte sich vielfach an der Oberfläche bewegen. Die Politik läuft den Ereignissen hinterher. Es rächt sich jetzt auch, dass die verschiedenen G-20 Konferenzen nach der Finanzkrise nur einen Bruchteil der dort diskutierten und propagierten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt haben und die Zockerei der Banken längst wie früher weitergeht.

Wo man so weit entfernt ist auch nur von einer Therapie, die die größten Erscheinungsformen der Krankheit bekämpft, nimmt es nicht Wunder, dass der Blick auf die Ursachen nach wie vor fast gänzlich unterbleibt. Eine wirkliche Diskussion über die Reform der Geldordnung, über die unterschiedlichen Rollen von Kauf-, Leih- und Schenkungsgeld sowie die nötigen strukturellen Folgerungen daraus findet nur in kleinen Kreisen mit geringem Einfluss statt. Ebenso hat die Krisendiskussion die Debatte über die Überwindung des Wachstumszwangs, die Bekämpfung einer Klimakatastrophe und die Lösung der vielfältigen anderen ökologischen Probleme erheblich zurückgeworfen. Auch die offensichtlich in Strukturen der Wirtschaftsordnung wurzelnden Mechanismen der Steigerung von sozialer Ungleichheit, wird nur sehr oberflächlich in den Blick genommen. Zum Beispiel werden die Umverteilungswirkungen des Zinseszinses kaum registriert.

Damit behaupte ich nicht, dass es einfache Lösungen gäbe und man nur an einer einzigen Schraube drehen müsse, um alle Probleme zu bewältigen. Ebenso wenig Sinn sehe ich in simplen Schuldzuweisungen. Die Uneinigkeit der Experten, ihre Hilflosigkeit, was belastbare Prognosen angeht, sind ein Symptom, dafür, woran es mangelt: an der Fähigkeit, die Ursachen in ihrer realen Komplexität zu verstehen.

Wir sahen bereits, dass nach den Euro-Konvergenzkriterien die Gesamtverschuldung (Schuldenquote geteilt durch das BIP⁴) in der EU 60% und die Nettoneuverschuldung 3% nicht übersteigen sollen. Im Moment liegt die Schuldenquote in den Euro-Ländern im Schnitt bei 83%, in Deutschland bei 70%, in Italien bei 100%, in Griechenland bei 160%. In den USA dagegen beträgt sie 98%, in Großbritannien 82%, und in Japan weit über 100%. Schon diese Zahlen zeigen, dass die Schuldenquote nicht das eigentliche ökonomische Problem Europas sein kann.

Schauen wir auf das Haushaltsdefizit: es beträgt in der Eurozone durchschnittlich 4,2% - und dieser Teil der Haushalte muss durch Neuverschuldung gedeckt werden. Auch hier steht die Eurozone besser da als die USA und Großbritannien (9,8% und 9,1%)

4 BIP = Privater Konsum + private Investitionen + Staatsausgaben + Exporte minus Importe (also die Summe der wirtschaftlichen Leistungen zu Marktpreisen).

Auch die Schuldenquote kann also auch nicht das entscheidende Problem sein.

Um noch einmal auf die Krise 2008 zurückzukommen: im Fall Lehman hatte man den Eindruck, es müsse aus ordnungspolitischen Gründen einer über die Klinge springen. Die Folgen waren indessen so erheblich, dass man sofort zurückzuckte: ein Gefühl wie bei der großen Wirtschaftskrise von 1929 stellte sich ein.

Die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise 1929 und ihren Folgen

Man erinnerte sich an den zwischendurch fast vergessenen John Maynard Keynes und handelte entsprechend. Die Politik des New Deal der Dreißigerjahre war seinen Rezepten gefolgt. Er hatte gelehrt, dass Ausgabenkürzung der falsche Weg aus einer durch eine Finanzkrise ausgelösten Depression ist. Das Scheitern einer solchen Sparpolitik bei dem deutschen Reichskanzler Brüning hatte ihm Recht gegeben. Dass Sparen eine Tugend sei stimmt eben so nur für die schwäbische Hausfrau, die tatsächlich mit der Sparsamkeit gut über die Runden kommt. Wenn jedoch alle ökonomischen Akteure sparen, wird niemand mehr seine Produkte los. Also sinken die Einnahmen, mit ihnen die Steuern und das Staatsdefizit wird im Endeffekt größer statt kleiner.

Auch der Weg, dass sich einzelne Staaten auf Kosten anderer aus der Schlinge ziehen, führt sich ad absurdum. Für eine derartige „Beggars-My-Neighbour-Policy“ („Bring deinen Nachbarn an den Bettelstab“-Politik) wie früher üblich - waren übrigens immer schon Exportüberschüsse um jeden Preis ein beliebtes Mittel.

Wer bei einer Finanzkrise schlicht den Rotstift ansetzt provoziert eine Rezession, die durch Aufschaukeln in eine Depression münden kann. Wenn die privaten Konsumenten und Investoren nicht mehr nachfragen, sondern alles auf die hohe Kante legen, gehen die Investitionen in Konsum-, aber auch in Investitionsgüter zurück. Die sinkende Nachfrage führt zu einem Teufelskreis durch niedrigere Löhne, weniger Steuereinnahmen usw. Nach Keynes ist es nun notwendig, die Investitionen z.B. durch eine Zinssenkung durch die Notenbank zu verbilligen. Wenn beispielsweise Zinsen und Steuern die Renditen in hohem Maße aufzehren, schafft ein Nullzins enorme Investitionsanreize. Was aber wenn trotz eines Zinses nahe Null oder bei null immer noch nicht investiert wird („die Pferde saufen nicht“)? Ein Nullzins wäre ja bei 2 % Inflation sogar ein Negativzins.

Jetzt ist der Staat nach Keynes gefragt, durch Programme selbst für Nachfrage zu sorgen, wie es dann im New Deal geschah, etwa mit dem Tennessee Valley project. So kann der Teufelskreis durchbrochen werden. Das war dann auch die Logik dessen, dass viele Länder nach der Finanzkrise Konjunkturprogramme auflegten, in Deutschland z.B. mit der Abwrackprämie von 1500 Euro für Neuwagenkäufer

für ihr altes Auto. Ökologische Folgen interessierten dabei weniger.

Staatsausgaben zu tätigen ist also das Mittel der Wahl staatlicher Konjunkturpolitik. Finanziert man diese durch Steuererhöhungen, verschreckt man aber nicht nur den Wähler, sondern verringert auch die private Nachfrage. Insofern schien die Finanzierung durch Verschuldung tatsächlich Vorteile mit sich zu bringen. Und was macht der Staat, wenn er sich verschulden will? Er emittiert Papiere, Staatsanleihen, die er verzinst und tilgt.

Lange Jahre sind alle Staaten diesen Weg gegangen - und zwar mit Überzeugung. Da man gleichzeitig vergaß, in Zeiten der Konjunktur die Schulden entsprechend zu tilgen, stiegen diese immer mehr. In Deutschland zum Beispiel hat sich der Schuldenstand seit 1949 sehr langsam aufgebaut; dann ging es schneller durch die Kosten der deutschen Einheit, so dass sich 2008 ca. 1,5 Billionen Euro aufsummiert hatten. 2010 sind wir jetzt bei 2 Billionen. Jeder Deutsche hat nach Angaben des Bundes der Steuerzahler 25.000 EUR Schulden, denen allerdings über 80.000 EUR Vermögen gegenüberstehen. Diese Vermögen ist allerdings sehr ungleich verteilt. Jedenfalls sind wir heute aus der Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise und aus dieser in eine Staatsschuldenkrise geraten. Was lange funktionierte, funktioniert heute nicht mehr.

Ein Grund besteht im Folgenden. Während es jedoch in den dreißiger Jahren zu einem richtiggehenden Wertaufbau kam, bei dem Realwerte wie Straßen, Gebäude und so weiter entstanden, konzentrierten sich diesmal die Mittel weitestgehend auf die „Bankenrettung“ - es wurde also sozusagen gutes Geld schlechtem hinterher geworfen. Zwar wurde die Depression erst einmal vermieden, aber um welchen Preis?

Hinsichtlich der Bankenrettung muss man sich zugleich vor pauschalen Urteilen hüten. Nach Lehman Brothers ging es um die Frage: Wie verhindern, dass das gesamte Bankensystem zusammenbricht? Wenn alle Leute ihre Guthaben abziehen passiert genau das. Die Euros in den Tresoren sind bald alle. Nur Notenbank oder Staat konnten das verhindern. Daher haben die Notenbanken jedes gebrauchte Geld gegeben und jedes Papier als Sicherheit genommen. Zusätzlich zur gesetzlichen Einlagensicherung hat der deutsche Staat mit einer Erklärung von Frau Merkel und Herrn Steinbrück bis 100.000 Euro Einlagen zusätzlich garantiert. Das war reine Psychologie, um einen Crash zu vermeiden., der bei seinem Eintritt sicherlich auch das Versprechen zur Makulatur gemacht hätte.

Wenn eine große Bank insolvent wird, zieht sie andere mit hinein. Daher darf das nicht geschehen. Die Bilanzen müssen also auf jeden Fall stimmen. Aber was ist, wenn der Eigenkapitalpuffer nicht ausreicht, wenn es doch schiefgeht? Dann könnte die Notenbank Aktionär werden oder der Staat, das Institut wäre also wieder mit Eigenkapital ausgestattet. Eine noch radikalere Lösung besteht in der Übernahme

von Bankunternehmen durch den Staat, wie bei der HRE. Eine andere Lösung besteht darin, dass der Staat Bürgschaften für die Schulden übernimmt. Für all diese Dinge ist in der Vergangenheit sehr viel Geld aufgewendet worden bzw. das Geld wird seitdem bereit gehalten. Und man hofft natürlich, dass es niemals wirklich fließen muss. Jetzt wird sogar versucht, die Garantiesummen zu hebeln, also das zu tun, wofür die Banken kritisiert worden waren.⁵ Solange Vertrauen in die Garantien herrschte, schien dennoch alles in Ordnung zu sein.

Aber jetzt kam unverhofft die Staatsschuldenkrise. Alle haben gemeint, mit einer Quote von 70% des BIP seien wir eh besser als die anderen und daher kämen wir auch locker wieder auf die geforderten 60% herunter. 2009 betrug die Netto-Neuverschuldung in Deutschland 80 Milliarden EUR, die zusätzlich aufgenommen wurden. Dies sei einer Ausnahmesituation und müsse es bleiben, so hieß es. Man beschloss die schon erwähnte Schuldenbremse, durch die der Bund bis 2016 die Netto-Neuverschuldung auf 0,35% des BIP zu reduzieren hat und die Kommunen und Länder nach 2020 überhaupt keine Schulden mehr machen dürfen. Wenn man voraussetzt, dass das so eintrifft, wären wir 2020 bei einer Gesamtverschuldung von 2,5 Billionen, die dann konstant blieben. 2012 wird mit 25 Milliarden Nettoneuverschuldung gerechnet, geplant waren sogar 40 Mrd.

Erdrückende Zinsbelastung

Egal wie hoch die Neuverschuldung ist, jemand muss der Bundesrepublik das Geld geben. Das sind die privaten und institutionellen Anleger. - Wer das genau ist, ist interessanterweise kaum zu ermitteln -. Sie sind die Gläubiger, der Staat ist der Schuldner. Die Papiere haben unterschiedliche Laufzeiten. Daher haben wir nicht nur eine Nettoneuverschuldung, sondern auch eine Bruttoneuverschuldung, bei der die Umschuldung ausgelaufener Papiere mit eingerechnet ist. Die Emission bzw. die Umschuldung fälliger Papier managt die Bundesschuldenverwaltung. Das waren im Jahr 2010 ca. 240 Milliarden, die ersetzt werden mussten.

Die 40 - 60 Milliarden Euro, die wir als Zinsen für die 2 Billionen Euro jährlich bezahlen, bilden die zweitgrößte Position im Bundeshaushalt nach dem Sozialhaushalt. Dieses Geld fehlt für Bildung, Umwelt und Soziales. Jedes Jahr müssen wir auslaufende Anleihen umschulden, immer mehr davon, je höher die Schulden steigen. Im Moment zahlt der Bund einen sehr geringen Zins. Was aber passiert eigentlich, wenn der Zins steigt und wir 6% oder noch mehr zahlen müssen? Dann wäre unter Umständen die Zinslast der bei Weitem größte Posten im Haushalt, die Folgen erheblich.

⁵ Vgl.: ESM-Erweiterung. Euro-Länder wollen Rettungsschirm auf zwei Billionen hebeln. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/esm-euro-laender-wollen-rettungsschirm-auf-zwei-billionen-euro-hebeln-a-857446.html>

Eurorettung und Staatsentschuldung ist sofort möglich - mit Umstellung auf Vollgeld

Thomas Mayer

Die öffentliche Diskussion zur Eurokrise wirkt immer verzweifelter und auswegloser und schwankt zwischen Kaputtsparen und Schuldenvermehrern und Staatsbankrott hin und her. Doch es gibt viel wirkungsvollere Lösungen. Hier die Beste: Mit der Umstellung auf Vollgeld wäre die Eurokrise sofort gelöst, die Schulden der Eurostaaten könnten vollständig getilgt werden, das Geld wäre auch bei Bankenpleiten sicher und die Finanzmärkte hätten weniger Geldtreibstoff für Spekulationsblasen. Vollgeld heißt, dass Girogeld zu einem richtigen und von der Zentralbank herausgegebenem Geld wird und die Geschäftsbanken durch Kreditvergabe kein Geld mehr schöpfen können. Daran forschten schon viele bekannte Ökonomen wie zum Beispiel Irving Fisher. Prof. Joseph Huber hat es aktualisiert und detailliert ausgearbeitet.

Die Geschäftsbanken haben die Finanzkrise wesentlich verursacht, da sie durch ein Aufblähen der Geldmenge die Spekulationsblasen erst ermöglicht haben. Nur das Bargeld (etwa 15% des Geldes) wird von der Zentralbank geschöpft, das Geld auf den Girokonten (etwa 85%) wird von den Geschäftsbanken durch Kreditvergabe erzeugt und ist eine private Bankenschöpfung. Das weiß aber niemand, da es in der Praxis wie ein gesetzliches Zahlungsmittel verwendet wird, obwohl es tatsächlich gar keines ist.

Bei der Umstellung auf Vollgeld geht es darum, dass die Guthaben auf Girokonten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln gleich Münzen und Banknoten erklärt werden und in Zukunft nur noch die Zentralbank Girogeld schöpfen kann.

Dazu müssen die Banken die Summe der Giroguthaben aus ihren Bilanzen nehmen und der Zentralbank übertragen. Sie verwalten die Girokonten dann nur noch im Auftrag ihrer Kunden, haben aber keinerlei Zugriff mehr auf das Geld selbst und können es nicht verleihen. (Wir kennen das alle von Wertpapierdepots, hier kann die Bank mit den Anleihen der Kunden kein Eigenhandel betreiben. Anders ist es, wenn ein Kunde der Bank tatsächlich für einen bestimmten Zeitraum etwas leiht und auf ein Sparkonto anlegen, das kann von der Bank natürlich weiterverliehen werden.)

Das für den Wirtschaftskreislauf benötigte Geld bringt die Zentralbank in Zukunft direkt in den Umlauf, in dem sie es dem Staat überweist, genauso wie sie ihm bislang die Zentralbankgewinne und den Nennwert der Geldmünzen überweist. Dabei ist die Zentralbank als eigenständiges Verfassungsorgan wie das Verfassungsgericht unabhängig von den Begehrlichkeiten der Regierung.

Das Ganze ist eine unmerkliche Änderung, das Vollgeld könnte tatsächlich eingeführt werden, ohne dass die Kunden im In- und Ausland überhaupt etwas davon bemerken, denn man sieht es den Zahlen auf den Kontoauszug nicht an, ob es Zentralbank-Vollgeld oder Banken-Kreditgeld ist. Doch die Wirkungen sind gewaltig:

1. Unser Geld wird sicher. Auch wenn eine Bank bankrott geht, die Girokonten und der Zahlungsverkehr wäre davon überhaupt nicht betroffen, da dies nicht mehr Teil der Bankbilanzen ist. Politik und Öffentlichkeit wären durch Banken Krisen nicht mehr erpressbar, panikartige Bankruns wären ausgeschlossen.
2. Die Zentralbank kann die Geldmenge erstmals vollständig kontrollieren, da nur noch sie Geld schöpft. Durch Steuerungsinstrumente wie den Umlaufimpuls und die Fristen für Spareinlagen (beides wird später erklärt) kann sie auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes genau regulieren. Das bedeutet, dass sie tatsächlich Inflation und Spekulationsblasen verhindern und gleichzeitig die Zinshöhe regulieren kann.
3. Damit verstetigt sich der Geldfluss und die Konjunktur- und Börsenzyklen verlaufen moderater. Denn für spekulative Immobilien- und Aktienblasen auf Kredit ginge den Märkten bald der verfügbare Geldtreibstoff aus, der dann nicht mehr von den Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpft werden kann. Die Banken können dann nur noch das Geld verleihen, das sie selbst von jemand anderem geliehen bekommen. Das Bankgeschäft wird langweiliger, was beabsichtigt ist.

4. Durch die Umstellung auf Vollgeld wird für die Eurostaaten eine gewaltige einmalige stille Reserve erschlossen mit der eine vollständige Tilgung aller Schulden der Eurostaaten in spätestens 30 Jahren möglich ist, ohne jedes Sparprogramm oder Steuerhöhung. Ich wiederhole: aller Staatsschulden! Und wenn man es geheim hielte, niemand würde bemerken, dass die Schulden auf einmal weg sind. Wie geht das? Das Girogeld, das wir zur Zeit benützen, wurde von der Zentralbank noch gar nicht herausgegeben, sondern von den Geschäftsbanken als Kredite an Kunden vergeben.

Die Umwandlung in Vollgeld macht die Zentralbank auf einen Schlag, indem sie die Giroguthaben bei den Geschäftsbanken in die eigene Bilanz nimmt und damit natürlich auch einen Anspruch auf die zurückfließenden Kundenkredite hat. Mit diesem Geld können dann die Staatsschulden zurückgeführt werden. Diese stille Reserve wird also gehoben, indem die bisherige Gelderzeugung durch Kredit verändert wird in die Schöpfung von in sich bestehendem Vollgeld, dem kein Kredit gegenübersteht. Für Deutschland wären das etwa 1,1 Billionen Euro der 2,1 Billionen Staatsschulden, die Hälfte aller Staatsschulden wären damit beseitigt. Da mit wachsender Wirtschaft laufend mehr Geld benötigt wird, muss die Zentralbank die Geldmenge entsprechend erhöhen. Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum zwischen 1-2% können so auch die restlichen Staatsschulden nach und nach vollständig getilgt werden. Und zusätzlich werden jährlich bis zu 40 Milliarden Euro Zinskosten im Bundeshaushalt eingespart.

5. Mit der Einführung des Vollgeldes wäre also mit einem Schlag die Eurokrise beendet. Die bestehenden Staatsschulden aller Euroländer wären kein Problem mehr und die Finanzmärkte wären froh, wenn sie überhaupt noch Staatsanleihen zum Kauf finden. Die Eurostaaten könnten sich entspannt auf die Einhaltung des Fiskalpaktes und der Schuldenbremsen und den Ausgleich der Handelsdefizite konzentrieren, so dass keine neuen langfristigen Staatsschulden mehr entstehen. (Kurzfristige Staatsschulden sind zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen in begrenztem Umfang sinnvoll, wenn sie laufend wieder zurückgeführt werden.)

Ausführliche Informationen, Artikel und Buchhinweise finden Sie beim Verein Monetative: <http://www.monetative.de>. Weitere Konzepte zur Eurorettung finden Sie unter: <http://www.eurorettung.org>. Quelle: Presstext zur freien Verwendung vom 26. Jul 2012. Von Thomas Mayer, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. 0049-(0)831-5709512, Mobil 0049-(0)177-8796786. Thomas.Mayer@eurorettung.org, <http://www.eurorettung.org>

Wir sehen hier zugleich, welches Problem die Griechen - und auch die Portugiesen, Spanier und Italiener. haben, die immer höhere Zinslasten tragen müssen. Sie werden von den Zinslasten für die Altschulden heute bereits schier erdrückt. Und wir kommen an dieser Stelle nicht um eine Antwort auf die Frage herum, ob wir nun einen Schuldigen oder eine Lösung suchen. Es ist die Umschuldung der Altkredite, die diesen Ländern den Hals bricht. So ist es kein Wunder, dass die Sparprogramme bisher nicht zum angestrebten Erfolg geführt haben.

In der öffentlichen Debatte geht der Unterschied zwischen Altschulden und Umschuldung einerseits und Neuverschuldung andererseits fast vollständig unter. Es herrscht heillose Begriffsverwirrung. Das erschwert den Weg zu wirklichen Lösungen.

Dass die Krisenländer - und nicht nur diese - die Neuverschuldung aus eigener Kraft auf Null fahren müssen, ist eine legitime Forderung. Die Altschulden jedoch können bei den von den Märkten bei jeder Umschuldung erzwungenen Wucherzinsen niemals aus eigener Kraft allein geschultert werden. Das man heute bereits griechische Anleihen für 50% des Nennwerts bekommt, zeigt die Dimension des Problems.

C. Neun lösungsorientierte Vorschläge

1. Umschuldung der Krisenländer / Eurobonds⁶

Daher muss diese Umschuldung anders gelöst werden. Es muss verhindert werden, dass diese Ländern an den Lasten der Umschuldung zugrunde gehen. Der klarste und sauberste Weg dazu wären sogenannte Eurobonds: Das heißt wir nehmen als EU oder als Euro-Gruppe Anleihen auf, die - da solidarisch gedeckt - an den Finanzmärkten attraktiv wären und niedrig verzinst würden. Diese Anleihen geben wir gegen eine Bearbeitungsgebühr an Griechenland und nötigenfalls auch an andere Länder weiter. Bedingung wäre, dass diese sich glaubwürdig um den Abbau der Neuverschuldung bemühen. Bei entsprechender Ansage könnten dagegen aller Voraussicht nach die Finanzmärkte nicht anspekulieren und die Situation würde auf Antrieb beruhigt. Die Intervention der Schweizer Notenbank, die durch Euroankäufe in der notwendigen Höhe den Kurs des Franken bei

⁶ Ich folge hier der Argumentation Harald Spehls.

1,20 stabilisiert hat, zeigt, dass das keine Illusion ist, - zumal dann, wenn die Einführung der Bonds wenigstens durch einige der unten vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen flankiert wird.

Der eigentliche Grund für die ablehnende Haltung der Merkel-Regierung zu Eurobonds ist die Angst, statt 0,5% 2,5% Zinsen an die Anleger in Staatspapieren bezahlen zu müssen und dafür auch innenpolitisch unter Druck zu geraten. Daher das lange Zaudern und Taktieren, das die Kosten der Krise immer weiter hochgetrieben hat, bevor man über die Ankäufe von Staatspapieren in unbegrenzter Höhe durch die EZB auf weit riskantere Weise das Prinzip der Eurobonds ohne das Instrument der Eurobonds durch die Hintertür eingeführt hat. Man sieht, dass gerade eine derartige Verweigerungshaltung dazu führen kann, dass Deutschland irgendwann 2,5% oder noch viel mehr zahlen müssen.

Der einzige Ökonom im Sachverständigenrat, der sich für das Konzept der Eurobonds eingesetzt hat, war Peter Bofinger. Er blieb ungehört. Inzwischen ist längst eingetreten, was zu befürchten war, dass sich nämlich „die Märkte“ auf Italien, Portugal und Spanien stürzen. Wer Eurobonds oder ähnliche Instrumente ablehnt, muss letztlich die Insolvenz von Krisenländern in Kauf nehmen. Das ist nicht unmöglich, wie das Beispiel Argentinien zeigt, aber der Preis ist unverträglich hoch. Das Land würde zum Paria der Weltwirtschaft. Gesetzt der Fall, die Griechen träten aus dem Euro aus, die Drachme käme wieder und sie würde abgewertet werden, damit die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes widerspiegeln und so dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken: Exporte würden verbilligt. Aber mit der Abwertung der Drachme stiegen auch die weiter in Euro gerechneten Schulden, es bliebe also dem Land selbst bei einem Schuldenschnitt von 80% ein kaum lösbares Problem mit den verbliebenen 20% zurück. Im übrigen ist für die kleinen Leute die Alternative von Gelddrucken und Währungsschnitt die zwischen Pest und Cholera: ihre Sparguthaben werden von beidem entwertet.

Wir kommen also um die Grundentscheidung nicht herum: Solidarisches Europa oder Europa der nationalstaatlichen Egoisten, so wie wir auf nationaler Ebene nicht um die Grundentscheidung herumkommen, die Krisenlasten den „kleinen Leuten“ aufzubürden oder einen solidarischen „Lastenausgleich“ vorzunehmen. Er wäre zugleich das nötige Kontrastprogramm zu einer Sparpolitik, die nur zur Verschärfung der ökonomischen Misere und zur Erzeugung von Wut der Bevölkerung beiträgt, auch weil die herrschenden Klassen und korrupte politische Eliten bisher überhaupt nicht zur Krisenbewältigung herangezogen wurden.

2. Lastenausgleich⁷

Einen Lastenausgleich gab es bekanntlich schon einmal nach dem Zweiten Weltkrieg. In einem Vorschlag für einen Gesellschaftspakt Schuldentilgung - andere Länder könnten ähnliche Projekte umsetzen - knüpft der Ökonom Harald Spiel an diesen Begriff an. Der Vorschlag wurde in dieser Zeitschrift zuerst publiziert und fand dann eine gewisse Beachtung in Teilen der Öffentlichkeit. Er geht von der Überlegung aus, dass die Nettoneuverschuldung der noch am leichtesten zu bewältigende Teil der Schuldenproblematik ist. Die Umfinanzierung der Altschulden bildet dagegen den größeren Teil der Belastung, der also primär von der Gesamtschuld kommt. Hier gibt es theoretisch drei Lösungen: Die Inflation oder den Währungsschnitt - oder, eine geplanten und sozialverträgliche Schuldenreduktion.

Die Vermögenden haben von den Stabilisierungsprogrammen der Staaten profitiert. Wir dürfen sie, insbesondere auch die Anleger, deren Geld ja von den „Rettungsschirmen“ letztlich gerettet wird, zum Ausgleich heranziehen. Das Nettovermögen der Deutschen beträgt im Schnitt pro Kopf 88.000 Euro, insgesamt kommt man auf 6,6 Billionen Nettovermögen, denen die Gesamtschuld von 2,5 Billionen gegenübersteht. Von diesen 6,6 Billionen besitzen 20% der Bevölkerung ca. 80%, während die unteren 30% gar nicht besitzen oder sogar persönlich verschuldet sind. Aus einem Teil der Erträge der Vermögens kann man einen Fonds speisen, aus dem im Lauf von 30 Jahren durch den Lastenausgleich die Gesamtschuld getilgt werden kann, - in für alle Beteiligten zumutbarer Weise.

Die Entschuldung könnte beschleunigt werden, wenn der Lastenausgleich mit anderen weiter unten genauer geschilderten Maßnahmen (zum Beispiel Einführung des Vollgeldes) gekoppelt würde. Sie kann außerdem nur funktionieren, wenn die Kosten der laufenden Umschuldung der noch nicht getilgten Kredite in der beschriebenen Weise im Rahmen gehalten werden können.

Ein Gesellschaftspakt Schuldentilgung Deutschland (vgl. Schema) würde dann in 30 Jahren tatsächlich die Verschuldung auf Null drücken können. Das wäre machbar, wenn der politische Wille da wäre, auch wenn mächtige Interessen dem entgegenstehen.

3. Sparen, aber richtig!

Sparprogramme, die jede wirtschaftliche Entwicklung abwürgen, was wir gegenwärtig in Griechenland beobachten können, sind sozial zutiefst ungerecht. Von Augenzeugen hört man aus Griechenland, dass Menschen weinend vor den Apotheken stehen, weil diese Medizin nur gegen Bares herausgeben - denn

⁷ Vgl.: Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe? In: Sozialimpulse, Heft 3/2010. S.a. www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Staatsverschuldung.pdf. Ferner: H. Spehl: Tschüss, Kapitalmarkt. DIE ZEIT, 27.10.2011, Nr. 44. <http://www.zeit.de/2011/44/Deutschland-Schuldenabbau>

sie wird ihnen nicht mehr erstattet. Auch Hilfe bei Entbindungen bekommt man nur noch gegen Cash. Die „Rettungsmaßnahmen“ werden denn auch in den betroffenen Ländern kaum als Hilfe, sondern mehr als Demütigung erlebt. Die garantierten und tatsächlich aufgewendeten Mittel kommen ja auch nicht den Ländern zugute, sondern dienen der „Rettung“ der Ansprüche der Kapitalanleger. Es wird auf Kosten der Steuerzahler verhindert, dass die von den Anlegern gehaltenen Staatsanleihen sich entwerten. Diese haben jetzt einen Dummen gefunden, der zahlt und ihnen das Risiko abnimmt. Das führt politisch zu einer ausweglosen Polarisierung der Bevölkerung, bis sich der Unmut schließlich in einer Art Volksaufstand Luft macht.

Die Sparprogramme sind in dieser Form aber auch ökonomisch absurd. Es war die bahnbrechende Erkenntnis von Keynes (und Gesell), das Sparen zwar eine private Tugend ist, aber volkswirtschaftlich hochgefährlich werden kann. Sparen ist nicht an allen Stellen falsch, aber an manchen. Genauer zu erkennen, an welchen, ist eine Aufgabe, die zur Krisenbewältigung notwendig angegangen werden muss.

So ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man Investitionen in echte Werte kürzt oder ob man die Ausgaben für Destruktivkräfte verringert und etwa wie von der Linken vorgeschlagen in Griechenland die immensen Militärausgaben um die Hälfte kürzt.

4. Einnahmen gezielt erhöhen

Mehrung der Einnahmen durch Steuererhöhungen ist nicht generell hilfreich, sondern nur, wenn sie genau so gezielt erfolgt wie die Reduktion von Ausgaben. Richtig ist es jedenfalls, die Einnahmesituation der öffentlichen Hand durch effektive Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Korruption zu bessern, eine intakte Finanzverwaltung aufzubauen, das Steuersystem zu vereinfachen und der demokratischen Gleichheit widersprechende fette Pfründe von einzelnen und Gruppen zu beseitigen. In einigen dieser Punkte hat ein Land wie Deutschland übrigens kaum weniger Nachbesserungsbedarf als die gescholtenen Krisenländer.

5. Raus aus dem Euro? Besser ist „Expressgeld“!

Ein ernst zu nehmendes Argument der Euro-Gegner ist der Hinweis darauf, dass sich im Verhältnis der Währungen, die Unterschiede der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der betreffenden Länder widerspiegelt. Werde nun ein Land mit geringerer Wettbewerbsfähigkeit in einem gemeinsamen Währungsraum gezwungen, so entfalle die Möglichkeit durch Abwertung der Landeswährung die Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten zu stärken. Komme noch eine zu großzügige Kreditvergabe durch die EU hinzu, trete eine Teuerung ein, die das Land nicht aufzufangen in der Lage sei. Im Euro hätten Länder wie Griechenland von vornherein keine Chance gehabt.

An diesem Argument ist zunächst einmal nur das eine wahr, dass eine Währungsunion nicht isoliert für sich eingeführt werden kann, sondern eingebunden sein muss in ein Konzept der schrittweisen Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in dem ganzen Währungsraum. Die deutsch-deutsche Währungsunion hat zunächst ja auch durchaus so gewirkt, dass die Handelsbeziehungen zum Osten zerstört wurden, weil die Waren aus der Ex-DDR für die Ostländer nicht mehr bezahlbar waren. Ohne die Unterstützung durch die Milliardentransfers aus dem Westen, wäre die Situation auf Dauer kritisch geblieben. Wir müssten also nur die Griechen genauso ernst nehmen wie einst „unsere Brüder und Schwestern“ in der Ex-DDR.

Nachdem der Euro nun einmal in diesen Ländern eingeführt ist, wäre der von mancher Seite empfohlene Rückzug auf die Drachme, wie oben bereits geschildert, keine Lösung. Eine Entspannung der Situation würde jedoch der in dieser Zeitschrift bereits vorgestellte Vorschlag eines „Expressgeldes“, d.h. eines staatlichen Regiogeldes, darstellen.⁸ (Manche sprechen auch von nationalen Parallelwährungen für die Krisenländer). Das hätte gewaltige Vorteile und würde einen Wirtschaftsaufschwung trotz Verbleib in der Eurozone ermöglichen.

6. Ein Marshallplan zur Belebung der Wirtschaft der Krisenländer

Nach dem II. Weltkrieg sorgte der Marshallplan für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Angesichts der verheerenden Situation - man denke nur an die immense Jugendarbeitslosigkeit - bedürfte es eines ähnlichen Programms für die Krisenländer. Man sollte die Geschichte des Marshallplans ebenso studieren und aus ihr lernen, wie die des Lastenausgleich in Deutschland nach dem Krieg.

7. Regeln für Finanzmärkte, Banken-ESM

Die erste Forderung wäre Transparenz. Das was verschiedene G20-Gipfel beschlossen haben, was aber nicht umgesetzt wurde, wäre sofort zu realisieren: Transaktionen im außerbörslichen Handel, der für die Spekulation die größte Rolle spielt, würden endlich meldepflichtig, die Halter von Staatsanleihen blieben nicht länger weitgehend anonym usw. Auch die seit längerem diskutierte Idee einer eigenen europäischen Rating-Agentur in Form einer unabhängigen Stiftung wäre eine hilfreiche Maßnahme.

Peer Steinbrück, neuerdings offiziell SPD-Kanzlerkandidat, forderte jüngst in einem Bankpapier die „Bändigung der Finanzmärkte“ durch folgende Maßnahmen: Europas Banken sollen 200 Milliarden Euro in einen europäischen Rettungsfonds einzahlen, so dass bei einer erneuten Krise nicht mehr der Steuerzahler einspringen muss. Dieser „Banken-ESM“ soll auch Anleihen ausgeben können, die von den

⁸ Christian Gelleri, Thomas Mayer: Expressgeld statt Euroaustritt. Sozialimpulse 1/2012.

Banken erworben werden. Banken sollen durch die EZB, kleinere Banken durch die nationalen Behörden kontrolliert werden. 2. Verbot der Spekulation mit Rohstoffen wie Getreide. 3. Stärkere Trennung des Kredit- und Einlagengeschäfts vom Investmentbanking. 4. fordert Steinbrück die Festschreibung einer Obergrenze von 80% bei der Beleihung von Immobilien, in Boomphasen dürfen es sogar 60% sein. 4. will er Managergehältern begrenzen und falsche Anreize beseitigen, die den kurzfristigen Erfolg mehr prämiieren als den nachhaltigen.

Letztlich sind sicherlich noch weitergehende Veränderungen nötig (s. unter Social Banking auf S. 16).

8. Vollgeld als Lösungsansatz?

Ein weiterer Vorschlag, der in der Krisen-debatte eingebracht wird, ist die Einführung eines sogenannten Vollgeldes. Was davon erwartet wird, schildert Thomas Mayer (vgl. Kästen auf S. 10 und 11) und schafft damit eine wichtige Diskussionsgrundlage. Ein Versuch, die Idee der Sache vertiefend zu verdeutlichen, findet sich unter Punkt D. Geldschöpfung.

9. Demokratische EU statt EU-kratie

Mit dem ökonomischen Druck wächst auch das Verlangen nach einer stärkeren politischen Einheit Europas. Damit wird von bestimmten politischen Kreisen ganz bewusst kalkuliert. Sie setzen auf die weitere Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU. Die Verlagerung von Entscheidungen weg von der Basis ist unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität und Bürgernähe an sich schon problematisch. Wie in der Debatte um den europäischen Verfassungsvertrag von Vertretern der Zivilgesellschaft immer wieder hervorgehoben wurde, leidet die EU zudem nach wie vor unter schweren strukturellen Demokratiedefiziten. Ein Journalist hat es einmal so ausgedrückt: ein Land, das verfasst wäre wie die EU, könnte nie deren Mitglied werden. Es würde die Mitgliedschaftsbedingungen schlicht nicht erfüllen.

Forderungen nach stärkerer Bürgerbeteiligung, nach mehr parlamentarischer Kontrolle durch das EU-Parlament, nach einem demokratisierenden Umbau der EU, nach einklagbaren Rechten der EU-Bürger⁹ sind deshalb unabdingbar. So in das Leben aller EU-Bürgerinnen und Bürger einschneidende Maßnahmen wie die Schaffung der Rettungsschirme bedürften unter normalen Bedingungen der direkten Zustimmung durch die Völker.

Ein wichtiger Beitrag zur Durchsetzung solcher Forderungen war die Klage von Mehr Demokratie e.V. beim Bundesverfassungsgericht.¹⁰

⁹ Der EUGH hat das letzte Sagen bei der Auslegung der Verträge. Als normaler Bürger kann ich aber dort nicht klagen.

¹⁰ Das Bundesverfassungsgericht hat zwar den Eilantrag der 37.000, für die „Mehr Demokratie e.V.“ geklagt hatte, zurückgewiesen - eine Entscheidung in der Hauptsache steht

D. Geldschöpfung¹¹

Was ist Vollgeld?

In den letzten Jahren tauchte in der Krisen-debatte ein neuer Begriff auf, der des Vollgeldes. Für viele Menschen ist es nicht ganz einfach verstehen, worum es sich bei „Vollgeld“ eigentlich handelt. Um das zu klären, müssen wir etwas weiter ausholen.

Wir beginnen mit der Kreditschöpfung. Bei Kredit haben wir meist den „Normalfall“ vor Augen: Jemand spart und ein anderer, der etwas unternehmen will, bekommt dieses Ersparnis als Kredit. Wenn das so läuft, gibt es immer soviel Kredit, wie es Ersparnis gibt.

Aber in der Realität ist es nicht so einfach. Wenn wir als Sparer Geld bei der Bank einbuchen, dann hat die Bank dieses Geld, sagen wir 1000 Euro. Jetzt kommt ein Kreditnehmer, der die Summe haben will. Danach legt er sie auf sein eigenes Konto, oft bei derselben Bank. Jetzt hat also schon wieder die Bank die 1000 Euro. Für den nächsten Kreditnehmer wäre eigentlich kein Geld mehr da, denn der Kredit ist ja schon vergeben. Aber nun liegt das Geld wieder da - und kann ein zweites Mal verliehen werden, mit Abzug einer Reserve, die die Bargeldabhebungen usw. decken muss. Aber permanent verbleibt Geld bei der Privatbank, immer nur verkürzt um diesen Faktor. Wenn die Bank sagen wir immer nur 10% als Reserve zurückhalten muss, kann sie vom zweiten Kredit 80% wieder verleihen vom dritten 70% usw. D.h. die Kreditsumme ist viel größer als das ursprünglich Spargeld. Es findet eine Giralgeldmultiplikation statt und damit eine tatsächliche Kreditschöpfung gewissermaßen aus dem Nichts (Fiat-Money). Zu diesem verleihbaren Geld gehört natürlich auch das, was die Lieferanten des Investors von diesem dafür bekommen haben: Dieses Geld deponieren sie wieder bei der Bank. Diese hat es gratis bekommen und verleiht es gegen Zinsen.

Wir sehen, dass auf diese Weise Geldschöpfung, für die doch eigentlich nur die Nationalbank zuständig sein sollte, bei den Geschäftsbanken gelandet ist. Eine gewissermaßen autonom wuchernde Geldentwicklung ist entstanden, die prinzipiell nur durch die Notwendigkeit beschränkt wird, Mindest-

noch aus - aber in seinem Beschluss wesentliche Feststellungen getroffen, die als wichtiger Teilsieg betrachtet werden können. Erstmals verlangt das Gericht von Regierung und Bundestag, dass völkerrechtlich abgesicherte Vorbehalte in europäischen Vertrag aufgenommen werden. Diese Vorbehalte beziehen sich auf die Haftungsbeschränkung auf 190 Mrd. Euro, die jetzt nur noch aufgrund eines Beschlusses des Bundestages überschritten werden dürfte. Auch darf laut BVG die Schweigepflicht der Mitarbeiter der EZB und der Deutschen Bundesbank eine umfassende Information des Parlaments nicht behindern. Es ist also an diesen Stellen ein Mehr an Demokratie erreicht worden. Auch ist anzunehmen, dass das BVG in seiner bevorstehenden Sachentscheidung den Punkt genau bezeichnen wird, ab dem eine weitere Machtausdehnung der EU die Annahme einer neuen Verfassung durch das Volk unabdingbar machen würde. Von verschiedenen Seiten war in den letzten Monaten zu hören: „Die Volksabstimmung über Europa muss kommen“. Vgl. auch den Artikel von Roman Huber auf S. 42.

¹¹ Ich folge hier im Wesentlichen einer Einführung in das Thema durch Udo Herrmannstorfer.

reserven zu halten. Wir haben also zwei Quellen der Geldschöpfung: Nationalbank und Geschäftsbanken, die beide als ein System zusammenwirken. So wie die Banken heute aufgestellt sind, entsteht aber hier ein Zielkonflikt, ja ein Systembruch: die Nationalbank ist dem Gemeinwohl verpflichtet, die Geschäftsbanken verfolgen Eigeninteressen. Die Gewinne der Bundesbank fließen in den Staatshaushalt, die Gewinne der Geschäftsbanken gehören diesen allein. Im Grunde genommen sponsert die Allgemeinheit die Geschäftsbanken, in dem sie die Notenbank verpflichtet, diese mit günstigem Geld zu versorgen.

Nun zum Begriff „Vollgeld: gesetzliches Zahlungsmittel ist heute - was nicht allgemein bekannt ist - ausschließlich das Bargeld. Sichteinlagen sind zwar Geld, aber nicht von der Nationalbank ausgegeben. Die Idee der Vollgeldbefürworter ist nun die folgende: Sie fragen sich, warum man überhaupt den Vorgang der Giralgeldschöpfung den Geschäftsbanken überlassen soll und die Sichteinlagen nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel aufwertet. Damit würde das neu verliehene Geld auch so behandelt, als wäre es jeweils frisches Geld. Die neuen Konten lägen damit bei der Nationalbank, würden von den Geschäftsbanken allenfalls treuhänderisch verwaltet. Jedes Girokonto würde zum gesetzlichen Zahlungsmittel und verkörpert nicht mehr bloß einen Anspruch der Bank auf solche Mittel. Für die Ausgabe eben dieses Zahlungsmittels erhebt nun die Notenbank die Erstkosten, so wie sie es heute bei der Erstaussgabe an die Geschäftsbanken tut. Durch diese so genannte Seniorage würden enorme Geldmittel für öffentliche Ausgaben frei. Neues Geld würde nicht mehr teilweise von den Geschäftsbanken geschöpft, sondern ausschließlich über das Gemeinwesen eingespeist. Für diesen Vorgang muss es selbstverwaltete Institutionen geben, die nicht zur Exekutive oder Legislative gehören, aber auch nicht privat sind. Es handelt sich um eine eigene Gewalt, die deshalb auch *Monetative* genannt wird.

Bahnbrechend für die Vollgeldidee war das Buch von Joseph Huber und James Robertson „*Geldschöpfung in öffentlicher Hand*“.¹² Inzwischen hat sich hierfür eine breite Bewegung entwickelt, der namhafte Ökonomen wie Christoph Binswanger angehören. Es gibt aber auch offene Fragen. Sie beziehen sich zum einen auf die praktikabelste technische Lösung. Es wäre ja auch denkbar, dass die Geschäftsbank den Gesamtkreditbetrag bei der Nationalbank hinterlegen muss („100-Prozent-Geld“), wie es bereits von dem amerikanischen Ökonomen Irving Fisher vorgeschlagen wurde (vgl. den Beitrag von Th. Mayer auf S. 10f.). Es gibt auch Stimmen, die die Befürchtung äußern, dass das Modell staatlichen Zentralismus fördere.

Letztlich geht es auch darum, wie dem Schenkungscharakter der Erstschöpfung des Geldes am besten

¹² Geldschöpfung in öffentlicher Hand: Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter, Gauke Verlag Kiel 2008.

Rechnung getragen werden kann. Geld kommt immer in den Kreislauf hinein, indem es von einer autorisierten Instanz gedruckt wird, die es dann verschenkt. Das ist in der Regel die Nationalbank. Die Währungsreform begann damit, dass jedermann 30 DM geschenkt bekam. - Es hätten auch 50 sein können, dann wären eben andere Preise herausgekommen. Die Erstschöpfung erzeugt Geld als einen Ausdruckswert, dieses Geld ist noch kein Kredit. Menschen laufen damit los und das Weitere regelt sich durch das Leben. Insofern ist die bekannte Auffassung des amerikanischen Notenbankchefs Bernanke zwar nur eine halbe Wahrheit, beleuchtet aber doch ein Stück Wirklichkeit. Bernanke hat den Spitznamen Helikopter-Berni, weil er als Rezept gegen die Depression empfiehlt, schlicht aus dem Hubschrauber Geldscheine abzuwerfen. Die Leute sammeln sie ein und kaufen etwas damit.

Erst im zweiten Schritt treten Zinsfragen usw. auf. Die Geschäftsbank refinanziert sich, indem sie sich zu einem bestimmten Zinssatz Geld bei der Notenbank besorgt. Sie muss dieser auch Sicherheiten bieten, z.B. durch Hinterlegung von Handelswechslern. Wechsel stellen immer ein Kreditversprechen von ökonomischen Akteuren dar. Von der Erstschöpfung abgesehen, kommt Geld immer durch Schuldverhältnisse ins Leben. Die Geschäftsbank weiß, was sie als Mindestreserve bei der Notenbank halten muss und wie viel gesetzliche Zahlungsmittel sie für die Abwicklung der laufenden Geschäfte braucht. Beides begrenzt die Kreditschöpfung.

Für das Mehr, was sie an Geld durch eigene Geldschöpfung erzeugt, zahlt die Geschäftsbank keine Zinsen. Das geschöpfte Geld gibt es kostenlos. Eigentlich, so argumentieren die Vertreter des Vollgeldansatzes, müssten aus diesen Summen die Seniorage-Beiträge entstehen, die der Staat von der Notenbank zu bekommen hätte. Dadurch dass diese Geldschöpfungsprozesse nur indirekt auf die Notenbank zurückgehen, entgehen der Allgemeinheit diese Einnahmen.

Notenbanken gab es nicht schon immer. Die Ökonomen wissen, dass ein Geschäftsbankensystem ohne Notenbank im Hintergrund unendlich Geld schöpfen, durch gegenseitige Kreditvergabe die Geldmenge unendlich aufblasen könnte. Das ist mit der Gefahr verbunden, dass galoppierende Inflation entsteht, wenn dieser Geldmenge keine realen Werte gegenüberstehen. Daher die Notwendigkeit, die Geschäftsbanken an die Kandare zu nehmen, was überhaupt erst zur Schaffung der Notenbanken führt. Die Geldschöpfung durch die Notenbanken begrenzte man wiederum durch Einrichtungen wie den Goldstandard. Die Notenbank war verpflichtet, Papiergeld jederzeit in Gold umzutauschen. Diesen Standard gibt es spätestens seit 1972 nicht mehr. Notenbanken können die Geldmenge nur noch indirekt steuern, etwa über den Leitzins. Da Kredite eben nicht nur für reale Dinge gegeben werden, sondern die Geschäftsbanken sich Geld holen und es außerhalb des Lebens, in spekulativen Kreisläufen anlegen, entstehen immer wieder Blasen, deren Platzen Krisen hervorruft.

Notenbanken können unterschiedlich organisiert sein. Die Deutsche Bundesbank ist unabhängig. Ihre einzige Aufgabe ist die Sicherstellung der Preisstabilität. Die EZB orientierte sich ursprünglich ganz am Beispiel der Bundesbank. Dagegen ist die amerikanische Notenbank FED ein Konsortium von Geschäftsbanken mit der Lizenz zur Ausgabe des gesetzlichen Zahlungsmittels und mit der Doppelaufgabe, die Preisstabilität und die Sicherung des gedeihlichen Wirtschaftsablaufs zu gewährleisten. Unsere Notenbanken sind im Prinzip nicht renditeorientiert. Bei der FED muss man genauer hinschauen - kritisch, aber zugleich unvoreingenommen durch die vielfach kursierenden Verschwörungstheorien. Übrigens bleibt auch bei der Europäischen Zentralbank und in der europäischen schwer durchschaubar, wie Eigeninteressen bestimmter Unternehmen und Netzwerke den Kurs beeinflussen. Interessant ist, dass sowohl Mario Draghi als auch Mario Monti hohe Funktionen bei der US-Bank Goldman-Sachs hatten.¹³

E. Social Banking

Die Frage nach der Monetative ist die Frage, wie wir die gesellschaftliche Hoheit über das Geld zurückgewinnen. Letztlich handelt es sich um die Diskussion über einen Baustein im Gebäude einer sozialen Geldordnung, in der Banken eine neue Rolle zu spielen hätten. Eine hochkomplexe arbeitsteilige Wirtschaft braucht ein Bankensystem, aber ein gegenüber dem heutigen durchaus gründlich verändertes.

In einem solchen System würde das Verhältnis von Noten- und Geschäftsbanken nicht mehr dadurch belastet, dass die Geschäftsbanken nur ihr Eigeninteresse verfolgen und die Notenbanken oft einen mangelnden Bezug zur ökonomischen Lebensrealität haben. Kooperation, Transparenz und andere soziale Kriterien hätten in einem solchen System Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, so berechtigt sie an ihrem Platz auch sind.

Banken und Finanzunternehmen stehen heute ganz oben bei den größten und mächtigsten Firmen dieser Welt, die Deutsche Bank z.B. an 12. Stelle. In einer zukünftigen Ordnung der Dinge würde die gegenwärtig immer größere Machtkonzentration des Finanzkapitals ihr Ende finden. Die „unsichtbare Hand“ regelt angeblich die Märkte. Es fragt sich heute nur: die unsichtbare Hand von wem?

Banken müssen ehrliche Makler werden zwischen denjenigen, die Geld haben, und denjenigen, die es für sinnvolle Unternehmungen brauchen.¹⁴ Denn

das Leistungsversprechen, der Wille etwas zu tun, ist der Loslöser des Geldes. Die Geschäftsbanken haben Kreditnehmer, und deshalb brauchen sie Geld von der Notenbank, die dieses eben deshalb nicht willkürlich druckt, sondern der realen Bedürfnissen der Ökonomie Rechnung trägt.

Könnte nicht im Grunde jeder Einzelne Geld schöpfen? In Wirklichkeit machen wir das längst. Ich verspreche, etwas zu tun, wenn jemand mit einem glaubwürdig dokumentierten Anspruch auf einen Teil des von anderen Geleisteten kommt und mir diesen verspricht, wenn ich mein Versprechen eingelöst habe. Das kann ein Arbeitszettel sein oder ein „richtiger“ Geldschein, die Geldfunktion hängt immer am Vertrauen, der Akzeptanz. In Regional- oder Sektoralwährungen bringen wir das ja auch zur Sichtbarkeit. Allerdings wird es hier schon schwierig, wenn es über den Kaufgeldbereich hinaus- und in die Kreditsphäre gehen soll.

Wir brauchen ein soziales Bankwesen, das auch die Kreditrisiken richtig auszugleichen vermag - und sozialschädliche Geschäfte unterlässt.

Und wir brauchen auch eine Reform der Währungsverhältnisse. Die Wechselkurse zwischen den verschiedenen Währungen sollten sich nicht primär über Märkte, sondern über Vereinbarungen regeln, bei denen es zum Beispiel darum ginge, ob die Geld und Handelsströme im Gleichgewicht sind. Banken müssten bei den Assoziationen, den zu schaffenden Verständigungsorganen der Wirtschaftspartner, angesiedelt werden.

Wir müssen auch lernen, mit solchen Kategorien wie „altes“ und „junges“ Geld umzugehen. Geld kann letztlich nie mehr wert sein als die Leistungen für die es steht, die vorhandenen und die zukünftig versprochenen. Fähigkeiten der Menschen sind daher letztlich die Deckung des Geldes.

¹³ Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt, 4.9.2012 - ARTE. <http://videos.arte.tv/de/videos/goldman-sachs-eine-bank-lenkt-die-welt-6894428.html>

¹⁴ Vgl. Harald Spehl, Christoph Strawe: Wirtschafts- und Finanzkrise - und kein Ende? Wie kommt Vernunft in die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse? Sozialimpulse.3/2009.